

1. Einleitung

»[Der Faschismus] sieht sein Heil darin, die Massen zu ihrem Ausdruck (beileibe nicht zu ihrem Recht) kommen zu lassen. Die Massen haben ein *Recht* auf Veränderung der Eigentumsverhältnisse; der Faschismus sucht ihnen einen *Ausdruck* in deren Konservierung zu geben.«
(Walter Benjamin, *Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit*, *Gesammelte Werke* 7: 382, Hrvh. i. O.)

Seit den 1990er-Jahren gewinnen populistische Parteien immer mehr Sitze in europäischen Parlamenten. Entfielen 1992 nur knapp 5 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sie, stieg ihr Anteil bis 2022 auf beinahe 30 Prozent (vgl. Rooduijn et al. 2020; Rooduijn et al. 2023: 8). Diese Zunahme ist vor allem immer besseren Wahlergebnissen von radikal rechten populistischen Parteien geschuldet. Beginnend mit der Jahrtausendwende fanden sie denn auch ihren Weg von den politischen Rändern in den Mainstream; die Präsenz von populistischen Parteien ist mittlerweile zur Normalität geworden (vgl. Mudde 2021b: 15). Und mehr noch: sie arbeiten sich in immer mehr Ländern in die höchsten Staats- und Regierungsämter vor. Seit 2022 gibt es mit Giorgia Meloni (*Fratelli d'Italia*) in Italien die erste populistische radikal rechte Ministerpräsidentin Südeuropas, die *Schwedendemokraten* sind ebenfalls seit 2022 indirekt an der schwedischen Regierung beteiligt, während *Die Finnen* 2023 erneut in die finnische Regierungskoalition aufgenommen wurden. In den Niederlanden hielt derweil nach der Parlamentswahl 2023 nur der Unwillen der Koalitionspartner den Wahlsieger Geert Wilders (*Partij voor de Vrijheid*) davon ab, nicht nur mitzuregieren, sondern auch das Amt des Ministerpräsidenten zu bekleiden. Im Wahljahr 2024 sind bereits populistische radikal rechte Zugewinne bei den Europawahlen zu verzeichnen. Möglich erscheinen zudem eine zweite Amtszeit Donald Trumps als US-Präsident, ein Sieg der FPÖ bei den Nationalratswahlen in Österreich und Wahlerfolge der radikal rechten AfD in mehreren ostdeutschen Bundesländern.

Mit dieser Normalisierung wird das politische Handeln populistischer Parteien in den zahlreichen gegenwärtigen Krisen und den sie begleitenden politischen Debatten immer bedeutsamer. Jede Deutung etwa der COVID-19-Pandemie, der Folgen des russischen Krieges gegen die Ukraine oder des Krieges nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel und natürlich der sich weiter zuspitzenden Klimakrise muss heute die Versuche populistischer Parteien in Rechnung stellen, von diesen Krisen zu profitieren.

In der öffentlichen Diskussion in Zeitungen, politischen Foren und sozialen Medien nehmen populistische Parteien – oder das weiter gefasste Phänomen »Populismus« – allerdings schon länger viel Raum ein. Die jüngste Konjunktur lässt sich auf die politischen Auswirkungen der globalen Finanzkrise ab 2008 zurückführen, spätestens aber auf die Europawahlen 2014, die »Flüchtlingskrise« 2015 und das britische Brexit-Referendum sowie die Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten im Jahr 2016. Populismus ist ein Trendthema, in den Reproduktionsschleifen der Massenmedien entwickelte sich teilweise ein regelrechter Hype darum. Nicht nur werden Parteien oder Politiker*innen aus beinahe jedem politischen Spektrum als »populistisch« bezeichnet, sondern Populismus gilt auch als Kennzeichen unserer gegenwärtigen Ära (Sparrow 2022), als zentrales politisches Phänomen der Epoche (Weitzmann 2024) oder gar als Schicksal des gesamten Planeten (Lüscher/Zichy 2021). Populismus wird zur Zukunft Europas (Binhas 2019) erklärt oder gleich zum Gewinner einer weltweiten »Zeitenwende« (Seinitz 2023). Und er gilt als eine Gefahr – für »die Wirtschaft« (Rahmatullah 2024) »die politische Mitte Europas« (Streck 2018), oder »den Westen« (Kister 2017), vor allem aber für »die Demokratie« (Hank 2018; Pohl 2022; Olsen 2023).

Entsprechend spielt er auch in den zahlreichen populärwissenschaftlichen Diagnosen über das vermeintlich anstehende Sterben, Enden oder Sich-Überleben der demokratischen Staatsform eine Rolle (vgl. etwa Levitsky/Ziblatt 2018; Runciman 2019; Crouch 2021). Sie sehen die Gefahr einer demokratischen Regression zumeist aus dem Inneren der Demokratie selbst kommen – unter anderem in Form der Aushöhlung demokratischer Institutionen durch populistische Parteien.

»Populismus« wird also häufig als Konzept verwendet, um die widersprüchliche politische Gegenwart insgesamt zu erschließen. Insbesondere der Erfolg populistischer Parteien gilt als Symptom oder charakteristischer Ausdruck für weitreichendere, grundlegendere gesellschaftliche Krisen und Hegemoniekonflikte. In der öffentlichen Diskussion werden entsprechend sehr unterschiedliche Problemlagen mit diesem Erfolg in Verbindung gebracht. Journalistische Erklärungsansätze rekurren häufig auf politisch-ökonomische Verwerfungen (Marin 2023; Karp 2024), zunehmenden autoritären Hass (Krupa et al. 2023; Bittner 2024) oder kulturelle Ängste in der Bevölkerung (Conesa et al. 2023; Coyle 2024) sowie auf Defizite demokratischer Repräsentation und auf Legitimationsprobleme des politischen Systems und der etablierten Parteien (Dahlmann 2024; Boussois 2024). Insgesamt lässt

sich in der Debatte über Populismus eine Verdichtung von Krisenwahrnehmungen erkennen, die verschiedene Aspekte des aktuellen Verhältnisses von liberaler Demokratie, autoritärer Politik und globalisiertem Kapitalismus betreffen.

Die Entwicklung der akademischen Populismusforschung folgt der seit 1990 wachsenden Bedeutung ihres Gegenstandes. Im Rahmen einer öffentlichen Auseinandersetzung, in der berechtigte Sorgen zum Ausdruck gebracht werden, die mitunter aber auch alarmistisch anmutet, wurde die Forschung im letzten Jahrzehnt immer häufiger zur Adressatin gesellschaftlicher Selbstverständigung. Sie sollte Antworten liefern auf die Frage, was der Erfolg populistischer Parteien über unsere gegenwärtige Lage aussagt, und insbesondere, wie der Erfolg (radikal) rechter populistischer Parteien zu deuten ist. Erhalten sie trotz oder wegen ihrer autoritären Ideologie Zuspruch? Welche gesellschaftlichen Konflikte stehen hinter ihrem Aufschwung? Die Populismusforschung, die seit den 1990ern bis Anfang der 2010er-Jahre eine wenig beachtete Subdisziplin vor allem im Feld der vergleichenden politikwissenschaftlichen Erforschung radikal rechter Parteien war, wurde sukzessive Teil des wissenschaftlichen Mainstreams (vgl. Kaltwasser et al. 2017a: 17) und erlebt seit 2014 eine Hochzeit. Heute ist sie eines der am schnellsten wachsenden Forschungsgebiete in der Politikwissenschaft. Die wachsende öffentliche Aufmerksamkeit sowie entsprechende Förder- und Publikationsmöglichkeiten führten zudem dazu, dass vermehrt Beiträge aus der Soziologie, den Kommunikationswissenschaften, der Philosophie, der Politischen Ökonomie und anderen Bereichen publiziert wurden. Google Scholar verzeichnet allein für das Jahr 2023 für das Stichwort »populism« 26.200 Treffer. Das wirft die Frage auf, ob die gegenwärtige Populismusforschung die verschiedenen Krisen und Ursachenvermutungen plausibel miteinander ins Verhältnis setzen kann. Bietet sie schlüssige Antworten auf die von der Gesellschaft an sie gerichteten Fragen?

Das Forschungsfeld ist hier auf den ersten Blick heterogen. Die meisten Ansätze bringen eher begrenzte Theorien hervor, die sich – vor allem mit Blick auf die empirische Forschung – einzelnen Teilbereichen des Erfolgs populistischer Parteien widmen. Dabei liegen ihnen unterschiedliche und zumeist nur wenig ausformulierte gesellschaftstheoretische Annahmen zugrunde.

Allerdings lässt sich zumindest theoriegeschichtlich durchaus ein gemeinsamer Ursprung mit umfassendem Erklärungsanspruch ausmachen. Es war die US-amerikanische Soziologie der 1950er-Jahre, die den Ausdruck »Populismus« als sozialwissenschaftlichen Begriff einführte. Wie die Soziologie insgesamt zu dieser Zeit war er daher zu Beginn stark durch das damals dominierende Paradigma der liberalen Modernisierungstheorie geprägt (vgl. Knöbl 2016). Sie verstand Modernisierung als einen von ökonomischem Wachstum getragenen symbiotischen Entwicklungsprozess kapitalistischer Produktion und liberaler demokratischer Systeme hin zu stabilen und fortschrittlichen Gesellschaften. Vor dem Hintergrund der Systemkonkurrenz zwischen der Sowjetunion und den USA wurde so dem historischen

Materialismus eine alternative Theorie sozialen Wandels gegenübergestellt. In der Verknüpfung von kapitalistischer Dynamik und politischer Demokratisierung als aufeinander angewiesene Modernisierungsprozesse kam ein historischer Optimismus zum Ausdruck, demzufolge das US-amerikanische und britische Gesellschaftsmodell den zwangsläufigen Endpunkt der weltweiten politischen Entwicklung bilden würde. Allerdings war dieser Optimismus von Beginn an von einer Angst vor Blockaden und Entwicklungshindernissen in den westlichen Gesellschaften selbst begleitet. Unter dem Begriff der »Massengesellschaft« wurden bedrohliche soziale Homogenisierungsprozesse diskutiert, die antidemokratische und rückschrittliche Bewegungen hervorbringen könnten. Zeitgeschichtlich befeuerte in den USA vor allem der McCarthyismus diese Sorge. Die Rolle des Populismusbegriffs im Paradigma der liberalen Modernisierungstheorie bestand nun darin, eben jene Abweichungen bzw. Gegenbewegungen auf dem Weg zum Ideal der differenzierten liberalen Demokratie zu markieren. Damit war, im Sinne der Totalitarismustheorie, sowohl das linksradikale als auch das rechtsextreme Aufbegehren gegen die etablierte Ordnung gemeint (vgl. Knöbl 2016: 10f.).

Kernmerkmale populistischer Bewegungen waren für die liberale Modernisierungstheorie »Misstrauen gegenüber Politikern, Bürokratiekritik, Anti-Intellektualismus und Demagogie« (Jörke/Selk 2017: 105). Vor diesem Hintergrund galt ökonomische Prosperität als Grundlage der liberalen Demokratie; entsprechend wurde das Entstehen populistischer Gegenbewegungen ebenfalls sozioökonomisch erklärt. Das wirkmächtigste Erklärungsangebot unterbreitete dabei der US-amerikanische Soziologe und Politikwissenschaftler Seymour Martin Lipset. Mit Blick auf den McCarthyismus vermutete er die Quellen autoritärer und extremistischer Bewegungen allgemein sozialstrukturell in den unteren Schichten der US-amerikanischen Gesellschaft. Seiner Vorstellung nach führt relative Deprivation in Form von niedrigerem Zuwachs an Einkommen und Bildung dort angesichts schnellen gesellschaftlichen Wandels zu Verbitterung und damit zur Unterstützung von »extremist and intolerant movements« (Lipset 1960: 97). Diese allgemeine Formulierung der stratifikationstheoretischen Erklärung eröffnete das Feld für verschiedene daran anknüpfende Ansätze, die die Unterstützung autoritärer Bewegungen als Folge einer ökonomisch beziehungsweise sozial prekären Lage ansehen. Zwar überzeugte dieses liberale modernisierungstheoretische Paradigma schon Ende der 1960er-Jahre nur noch wenige Sozialwissenschaftler*innen. Theoriegeschichtlich wirkt es dennoch in Erklärungsansätzen für den Erfolg heutiger populistischer Parteien und Bewegungen fort, denn nach wie vor wird ihr Entstehen auf einen rapiden sozialen Wandel zurückgeführt (vgl. Jörke/Selk 2017: 105). Den politischen Entwicklungen würden demnach verschiedene »Zustände des allgemeinen Mangels an bzw. des tatsächlichen oder zumindest wahrgenommenen Entzugs von etwas Erwünschtem« (Spier 2010: 50) zugrunde liegen, die unter dem Oberbegriff der Deprivation diskutiert werden. Die frühere starke Betonung ökonomischer Deprivation als

Ursache populistischer Bewegungen inspiriert eine bis heute in der öffentlichen Debatte oft vertretene Variante dieser These, derzufolge populistische Bewegungen von ökonomischen »Modernisierungsverlierer*innen« getragen werden. Mit einem Ausdruck Samuel Salzborns – den er mit Blick auf die verwandte Konzeption des Rechtsradikalismus als einer »normalen Pathologie« (Scheuch/Klingemann 1967: 82) westlicher Industriegesellschaften prägte – kann diese implizite Popularität in Politik und Medien als eine »breite Rezeption, allerdings ohne direkte Rezension« (Salzborn 2014: 78) bezeichnet werden. Die modernisierungstheoretische Erklärung wird aufgegriffen, ohne dass ihr historischer Ursprung und ihre begrifflichen Grundlagen zur Kenntnis genommen werden. In den Sozialwissenschaften wird dagegen heute ein auf der Individualebene wirkender ökonomischer Deprivationsmechanismus kaum noch als Erklärung für die Erfolge populistischer (rechter) Parteien akzeptiert (vgl. Rippl/Baier 2005: 644f.). Solche Kritik an einer zu einfachen Fassung der Funktion ökonomischer Deprivation – und im Gegenzug: an einer zu pauschalen Zurückweisung dieses Zusammenhangs – hat auch in der Populismustheorie zu neuen theoretischen Auseinandersetzungen geführt. Auf diese Weise wirkt die liberale Modernisierungstheorie zumindest als Gegenstand von Kritik bis in die heutige Populismusforschung nach, wenngleich das nur selten explizit benannt oder reflektiert wird. In produktiver Auseinandersetzung mit ihrem modernisierungstheoretischen Erbe hat die jüngere Forschung viele methodisch raffinierte und auch theoretisch differenzierte Ansätze zu verschiedenen Teilbereichen und Aspekten des Phänomens »Populismus« hervorgebracht.

Dennoch – oder gerade deshalb – offenbart die Forschung mit Blick auf die von der Öffentlichkeit aufgeworfenen Fragen eine Schwäche. Die vorliegende Arbeit geht von der Beobachtung aus, dass den heute bestimmenden Populismustheorien der gegenwartsdiagnostische Blick auf die gesellschaftlichen Zusammenhänge (der zurecht eingefordert wird) verstellt ist. Insbesondere scheinen sie kaum dafür geeignet, die Bedeutung und die Funktion autoritärer Ideologie für die Politik populistischer Parteien zu erklären. In der vorliegenden Arbeit werden diese Schwierigkeiten mithilfe einiger Modelle kritischer Theorien, die autoritäre Ideologie dezidiert in den Mittelpunkt ihres Nachdenkens über Gesellschaft stellen, herausgearbeitet und reflektiert. Mit »autoritärer Ideologie« sind hier all jene Formen des Denkens gemeint, die eine homogene soziale Ordnung durch die Etablierung von Ungleichwertigkeit und einer Überlegenheit über bestimmte Gruppen herstellen wollen. Am häufigsten handelt es sich dabei um nationalistisches, klassistisches, rassistisches, antisemitisches oder (hetero-)sexistisches Denken.¹ Gerade das scheinbar private, bloß irrationale Ressentiment gegen Immi-

1 Diese verschiedenen Ideologieelemente hängen oft miteinander zusammen und treten gemeinsam auf. Damit folgt die Arbeit einem breiten Verständnis autoritärer Ideologie, ähnlich dem von Wilhelm Heitmeyer, Andreas Zick und Beate Küpper entwickelten »Syndrom

grant*innen, ethnische Minderheiten, jüdische Menschen, von Armut Betroffene, vermeintlich global verschworene Eliten, gegen eine Vielfalt geschlechtlicher und sexueller Lebensweisen, ökonomische Umverteilung, Klimaschutz etc. fordert das sozialwissenschaftliche Verständnis ebenso wie den Alltagsverstand heraus. Welche objektiven, verstehbaren Mechanismen, welche gesellschaftlichen Verhältnisse machen relevante Teile der Wähler*innenschaften für solches Denken empfänglich und warum wird es politisch vorangetrieben? Wie lassen sich die vielen Entwicklungen ordnen, die in Summe den populistischen Parteien offenbar zunehmend Erfolge bescheren? Inwiefern und durch welche Mechanismen kommen etwa politisch-ökonomische Verwerfungen, Krisen demokratischer Repräsentation und autoritäre Ideologien populistischen Parteien zugute? Welche gesellschaftlichen Antagonismen und Herrschaftsverhältnisse prägen diesen Zusammenhang? Kurz: Wie ist der Populismus als ein gesellschaftliches Phänomen zu begreifen?

In den folgenden Kapiteln werden diese Fragen an die gegenwärtige Populismusforschung gerichtet. Die zentrale Forschungsfrage lautet:

Wie konzipieren gegenwärtige Populismustheorien das Zusammenspiel von Kapitalismus, Demokratie und autoritärer Ideologie im Erfolg (linker und rechter) populistischer Parteien?

Wie bereits erwähnt ist die gegenwärtige Populismusforschung außerordentlich umfassend und differenziert. Das gilt auch für ihre theoretischen Zugänge. Die einschlägigen wissenschaftlichen Handbücher weisen drei (la Torre 2019), vier (Kaltwasser et al. 2017b; Heinisch et al. 2017b; Stavrakakis/Katsambekis 2024b) oder gar neun (vgl. Oswald et al. 2022: 5ff.) zentrale theoretische Perspektiven aus. Die vorliegende Untersuchung beschränkt sich auf drei prominente Erklärungsansätze:

Das zweite Kapitel befragt zentrale Texte des *ideational approach* auf ihre gesellschaftstheoretischen Beiträge. Dieser Zugang, dessen grundlegende Thesen maßgeblich durch die niederländischen beziehungsweise chilenischen Politikwissenschaftler Cas Mudde und Cristóbal Rovira Kaltwasser formuliert wurden, gilt heute weithin als ein innovativer und wichtiger oder gar als der vorherrschende Forschungsansatz (vgl. Kaltwasser et al. 2017a: 21ff.; Heinisch et al. 2017a: 31; Jäger 2022: 34). Muddes Verständnis von Populismus als einer »thin-centred ideology« (Mudde

Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit« (Heitmeyer et al. 2011). Über die Abwertung bestimmter Gruppen hinaus verknüpft autoritäre Ideologie aber auch politische, ökonomische und gesellschaftliche Überzeugungen zu einem »Denkmuster« (Adorno et al. 1973: 1). Für den parteipolitischen Bereich bedeutet das, dass autoritäre Ideologie im hier verwendeten Sinn Überschneidungen mit dem Rechtsextremismus aufweist, aber weit über ihn hinausgeht. Denn im Rechtsextremismus richtet sich das Autoritäre politisch immer gegen die Volkssouveränität und die Demokratie. Auch die Parteienfamilie der radikalen Rechten ist durch einige spezifische Elemente autoritärer Ideologie charakterisiert (siehe dazu Cas Muddes Definition in Abschnitt 2.1.3).

2004: 544) mit nur wenigen ideologischen Elementen wird von Vertreter*innen verschiedener theoretischer Strömungen und vor allem in der empirischen Forschung als gut operationalisierbarer kleinster gemeinsamer Nenner akzeptiert; zumindest wird (ggf. mit Modifikationen) aufgrund pragmatischer Überlegungen oft darauf zurückgegriffen. Mudde formulierte den einflussreichsten theoretischen Vorschlag zur Beantwortung der Frage, inwiefern Populismus spezifisch als eine Ideologie verstanden werden kann, und er hat maßgebliche vergleichende Analysen zu den konkreten Parteiideologien vor allem von populistischen radikal rechten Parteien vorgelegt.

Im dritten Kapitel kommen Cleavage-Theorien des Populismus auf den Prüfstand. Sie erklären den Erfolg populistischer Parteien aus Veränderungen hinsichtlich der zentralen *cleavages*, also gesellschaftlichen Konfliktlinien, die west-europäische Parteiensysteme strukturieren. Diese Beiträge aus der Politischen Ökonomie und der politischen Kulturforschung werden nicht immer zu den Standard-Ansätzen der Populismusforschung gezählt. Die Herausgeber*innen des *Oxford Handbook of Populism* schließen gar (bestimmte) ökonomische Ansätze der Populismusforschung explizit aus ihrem Kanon aus (vgl. Kaltwasser et al. 2017a: 31). Allerdings zählen Beiträge, in denen auf Cleavage-Theorien zurückgegriffen wird, nicht zufällig zu den meistzitierten und meistdiskutierten Veröffentlichungen, da sie sich einer für die Forschung wie für die öffentliche Diskussion zentralen Frage widmen: Spielen ökonomische oder kulturelle Spaltungslinien die zentrale Rolle für die Erfolge populistischer Parteien? Wie wirken sich die Veränderungen des Kapitalismus in den letzten Jahrzehnten auf diese Erfolge aus? Vor allem die Mobilisierung autoritärer Ideologie durch (radikal) rechte populistischen Parteien lässt an der in der Öffentlichkeit nach wie vor verbreiteten – und grundsätzlich plausiblen – Annahme zweifeln, dass die Zustimmung zu solchen Parteien zumindest *auch* als Reaktion auf ökonomische Abstiegsängste, akute Krisen oder Klassenkämpfe zu verstehen ist. Cleavage-Theorien aus der Politischen Ökonomie, etwa die Beiträge des deutschen Politikwissenschaftlers Philip Manow, und aus der Forschung zum kulturellen Wertewandel, wie sie unter anderem seine britischen und US-amerikanischen Kolleg*innen Pippa Norris und Ronald Inglehart vorgelegt haben, zeichnen bezüglich des Zusammenspiels von ökonomischen und kulturellen Spaltungslinien geradezu diametral entgegengesetzte Bilder. Beide Varianten werden im dritten Kapitel daher als relativ eigenständige Ansätze behandelt und anhand von jeweils zwei Theorien untersucht und gegenübergestellt.

Gegenstand des vierten Kapitels sind schließlich radikaldemokratische Theorien. Diesen Theorien zufolge ist der Populismus Ausdruck einer strukturellen politischen Logik demokratischer Gesellschaften. Im Unterschied zu den anderen Strömungen beziehen sie sich daher grundsätzlich positiv auf ihn, sehen sie doch in ihm eine, wenn nicht *die* emanzipatorische politische Strategie schlechthin. Vor allem der argentinische politische Theoretiker Ernesto Laclau und die belgische

Politikwissenschaftlerin Chantal Mouffe haben ausgehend von ihrer postmarxistischen Diskurstheorie das Populismusverständnis der Radikaldemokratie geprägt. Im gegenwärtigen Forschungsfeld messen sie dem Demokratiebegriff für das Verständnis des Populismus die größte Bedeutung bei. Die Arbeiten Laclaus werden in der Forschung als gesellschaftstheoretisch avancierteste Populismustheorie anerkannt, sie sind zugleich jedoch wegen ihres hohen Abstraktionsniveaus und ihres vermeintlich besonderen und problematischen normativen Impetus umstritten (vgl. Kaltwasser et al. 2017a: 37; Heinisch et al. 2017a: 31).

In diesen drei Kapiteln befragt die Arbeit die Theorien auf ihre gesellschaftstheoretischen Grundlagen und arbeitet ihren Kern heraus. Welche Zusammenhänge halten sie für essenziell, welchen sozialen Veränderungen schreiben sie die zentrale Bedeutung zu, welche Voraussetzungen und Vereinfachungen müssen sie dafür hinnehmen? Dabei orientiert sich die Untersuchung an drei Grundbegriffen: Kapitalismus, Demokratie und autoritäre Ideologie. Die Arbeit geht der Frage nach, wie diese Begriffe in den Theorien jeweils Anwendung finden und wie sie zueinander in Beziehung gesetzt werden. Welche Bedeutung spielen sie in den verschiedenen Erklärungen des Phänomens Populismus und in welche Beziehung wird Populismus zu ihnen gesetzt? Die Reihenfolge und Gewichtung der jeweils drei entsprechenden Unterkapitel innerhalb jedes Kapitels folgen dabei dem inneren Aufbau der Theorien selbst. Die leicht variierenden Benennungen der Unterkapitel weisen auf die verschiedenen Perspektiven hin, mit denen die untersuchten Theorien auf Demokratie, Kapitalismus und autoritäre Ideologie blicken.

Diese begriffszentrierte Analyse ermöglicht es, die verschiedenen Theorien zu vergleichen. So werden gemeinsame, aber auch jeweils spezifische theoretische Stärken und Schwächen herausgearbeitet und zueinander in Bezug gesetzt. Die Untersuchung entlang dieser drei Begriffe folgt zuvorderst der Annahme, dass sie produktive theoretische Ausgangspunkte zur Klärung der von der Öffentlichkeit aufgeworfenen Frage sind: In welchem gesellschaftlichen Zusammenhang ist der Erfolg populistischer, insbesondere rechter Parteien zu deuten? Sie bürstet das Material dabei insofern gegen den Strich, als »Kapitalismus«, »Demokratie« und »autoritäre Ideologie« in den untersuchten Populismustheorien mitunter nicht im selben Maße wie in der vorliegenden Abhandlung im Fokus stehen.

Diesem Vorgehen liegt die These zugrunde, dass die derzeit vorherrschenden Zugänge der Populismusforschung aus der Perspektive kritischer Theorien nicht vollumfänglich gesellschaftstheoretisch zu überzeugen vermögen und vor allem die Bedeutung und Funktion autoritärer Ideologie für populistische Parteien nicht plausibel erklären. Begleitend zur theoretischen Analyse fragt die Arbeit daher zweitens:

Welche Probleme weisen die gegenwärtigen Populismustheorien aus der Perspektive gesellschaftskritischer Autoritarismustheorien auf?

Mit Letzteren sind hier konkret zwei Theorietraditionen gemeint, die das Phänomen der autoritären Ideologie in demokratischen Systemen untersucht haben: zum einen die hegelmарxistische Frankfurter Kritische Theorie Theodor W. Adornos, Max Horkheimers, Leo Löwenthals etc. und zum anderen die an den hegemonietheoretischen Marxismus Antonio Gramscis anschließenden Überlegungen des jamaikanisch-britischen Kulturwissenschaftlers Stuart Hall und der an ihn anknüpfenden Theoretiker*innen. Sie sollen helfen, Widersprüche, unplausible Annahmen und Leerstellen der gegenwärtigen Populismustheorien zu identifizieren und sie kritisch zu reflektieren. Dazu werden im fünften Kapitel die herausgearbeiteten Stärken und Probleme der drei diskutierten Forschungsansätze zusammengeführt und unter Zuhilfenahme einiger Modelle der gesellschaftskritischen Theorien reflektiert. Das soll vor allem dort weiterhelfen, wo die Ansätze dieselben Probleme aufweisen und sich nicht gegenseitig ergänzen können.

Die Frankfurter und die gramscianische kritische Theorie eignen sich dafür nicht nur, weil sie dem Autoritarismus viel Aufmerksamkeit gewidmet haben, sondern auch, weil beider Theoretisieren ausdrücklich vom Wunsch nach gesellschaftlicher Veränderung angetrieben ist und sie daher Gesellschaft auf ihre herrschaftsförmige Struktur hin in den Blick nehmen. Ihre Beschäftigung mit autoritären Bewegungen in der Demokratie zielt mithin darauf ab, die Irrationalität der Einzelnen als Teil und Ausdruck gesellschaftlicher Widersprüche in modernen kapitalistischen Gesellschaften zu fassen. Zugleich stellen diese Theorien keine abgeschlossenen Lehren dar und bieten keine überzeitlich gültigen Begriffe. Vielmehr sind sie als spezifische, historisch informierte kritische Modelle anzusehen. Die Arbeit legt dar, inwiefern sie dennoch zur Bewältigung einiger aktueller theoretischer Herausforderungen und zu einem gesellschaftstheoretisch reflektierteren Verständnis des Populismus beitragen können.

Einer der notorischen Streitpunkte der Populismusforschung seit ihren modernisierungstheoretischen Anfängen ist die Frage, wie »Populismus« überhaupt definiert werden sollte. Noch immer ist es daher beinahe unumgänglich, zunächst auf das tradierte Problem einer fehlenden allgemeingültigen Definition zu verweisen. Seit mindestens 1969, als sich erstmals eine ganze Konferenz und ein aus ihr resultierender Sammelband diesem Problem widmeten (Ionescu/Gellner 1969), ist die Vagheit und Unbestimmtheit des Begriffs immer wieder hervorgehoben worden. Die heutige Assoziation verschiedener Krisen mit dem Begriff »Populismus« ist wohl auch, wenn nicht dieser Unschärfe geschuldet, so doch zumindest durch sie befördert. Die Abgrenzung oder das Verhältnis zum Faschismus, Rechtsextremismus, (Neo-)Konservatismus und Nationalismus, aber auch zu Propaganda, vereinfachender Rhetorik oder schlicht demokratischer Politik ist immer wieder Gegenstand der Diskussion – bis dahin, dass die Brauchbarkeit des Begriffs insgesamt infrage gestellt wird. Die vorliegende Arbeit geht davon aus, dass der Begriff in der Tat etwas in den gegenwärtigen sozialen und politischen Veränderungen erhellen

kann, wenn er als Einstiegspunkt in die gesellschaftstheoretische Reflexion dient. Daher ist es geboten, seine vorherrschende akademische Verwendung zu untersuchen und dabei auch seine theoriegeschichtliche Prägung zu berücksichtigen.

Der akademische Dissens über mögliche Definitionen von »Populismus« ist derweil heute gegenüber den 1960er-Jahren vernehmlich kleiner geworden (vgl. Stavrakakis/Katsambekis 2024a: 1f.). Wenngleich nach wie vor kein Konsens besteht, hat sich doch die vom niederländischen Politikwissenschaftler Cas Mudde entwickelte Minimaldefinition als sehr anschlussfähige Grundlage erwiesen. Mudde zufolge ist Populismus »an ideology that considers society to be ultimately separated into two homogeneous and antagonistic groups, ›the pure people‹ versus ›the corrupt elite‹, and which argues that politics should be an expression of the *volonté générale* (general will) of the people« (Mudde 2004: 543). Dieser Definition folgt die Arbeit mit zwei Einschränkungen: Erstens hält sie das Kriterium eines homogenen Volksbegriffs im von Mudde vorgeschlagenen Sinn vor allem für den linken Populismus für unzutreffend, und zweitens fasst sie die populistische Polemik gegen Eliten als vor allem personalisierend statt als moralisierend. Diese Einschränkungen werden im zweiten Kapitel begründet.

Muddes Definition beansprucht unter anderem, das Wesen des Populismus unabhängig von den verschiedenen nationalen Kontexten zu erfassen. Tatsächlich aber hat die Populismusforschung seit den 1990er-Jahren vor allem in Reaktion auf die politischen Erfolge populistischer rechter Parteien in (West-)Europa Fahrt aufgenommen. Je nach ihrem Verständnis von Populismus variiert der beanspruchte geografische Geltungsbereich der hier untersuchten Theorien. Fast immer ziehen sie auch südamerikanische und oft osteuropäische Beispiele heran. Trotzdem befassen sie sich nicht zufällig nach wie vor in erster Linie mit den rechtsstaatlich verfassten Demokratien West-, Mittel- und Südeuropas und Nordamerikas. Die Arbeit folgt diesem Fokus, denn populistische Ideologie tritt in diesen Ländern in einer spezifischen Situation auf: Während sie stark von den demokratischen Versprechen und Legitimationsmustern der bürgerlichen Revolutionen geprägt sind, sind die Demokratien hier zugleich umfassend liberal-rechtsstaatlich eingehegt. Populismus kann daher zwar immer auf Elemente des begrenzten »demokratischen Imaginären« (Laclau/Mouffe) Bezug nehmen, gerät jedoch unweigerlich mit den rechtsstaatlichen Institutionen in Konflikt.

Auch in politischer Hinsicht beanspruchen Muddes Definition sowie die anderen hier untersuchten Theorien Allgemeingültigkeit. Sie nehmen – mal mehr, mal weniger – sowohl den linken als auch rechten Populismus in den Blick. Allerdings ist, entsprechend ihrer politischen Bedeutung, die populistische Rechte nicht nur für den öffentlichen Diskurs, sondern auch für die Forschung deutlich wichtiger als die populistische Linke (vgl. Katsambekis 2022: 66). Daher steht sie auch hier im Fokus. Ob populistische linke und rechte Parteien tatsächlich hinreichend Gemeinsamkeiten aufweisen, um parallel besprochen zu werden, ist selbst Gegenstand der

Diskussion. Die Arbeit sieht die Suche nach einer möglichst umfassenden und präzisen Definition dabei durch die Notwendigkeit begrenzt, theoretisch deutlich zwischen linken und rechten Ausprägungen des Populismus und ihren jeweiligen gesellschaftlichen Bedeutungen zu differenzieren. Diese Notwendigkeit wird im fünften Kapitel dargelegt.

Terminologisch folgt die Arbeit den jeweils untersuchten Theorien, in deren Rahmen vor allem zur Benennung populistischer rechter Parteien unterschiedliche Begriffe benutzt werden. Obwohl die Titulierungen als »rechtspopulistische Parteien« (Rodrik/Manow), »Rechtspopulismus« bzw. »right-wing populism« (Müller; Laclau/Mouffe; Canovan) »extreme populist right« (Bornschiefer/Kriesi), »populistische radikale Rechte« (Mudde/Kaltwasser) »radical right populists« (Burgoon/Rooduijn) oder als »autoritär-populistische Parteien« (Norris/Inglehart) auf jeweils leicht unterschiedliche Fassungen des Gegenstandes verweisen, sind die dahinterstehenden Erklärungsansätze ähnlich und damit vergleichbar. Unumgänglich ist hier lediglich die Unterscheidung zwischen der (populistischen) Rechten oder radikalen Rechten einerseits und dem prinzipiell demokratiefeindlichen (ggf. auch populistischen) Rechtsextremismus andererseits.

Aus den oben vorgestellten Forschungsfragen und dem theoretischen Gegenstand ergibt sich das methodische Vorgehen in dieser Arbeit. Grundsätzlich ist sie *verstehend* ausgerichtet, das heißt, sie will mit den Mitteln der theoretischen Reflexion zum Verständnis konkreter politischer Verhältnisse und politischer Theorien beitragen. Das ist als Abgrenzung gegenüber dem Anspruch zu verstehen, politische und theoretische Phänomene kausal und mit prognostischem Anspruch zu *erklären* (vgl. Salzborn 2014: 75f.).

Die Arbeit geht zudem *vergleichend* vor, da sie die verschiedenen gegenwärtigen Populismustheorien auf ihren ähnlichen oder unterschiedlichen Umgang mit denselben Begrifflichkeiten abklopft. Deren Argumente, aber auch ihre Leerstellen und Widersprüche werden *rational rekonstruierend* (vgl. Zapf 2013: 77–79) herausgearbeitet, das heißt durch systematischen Nachvollzug theoretischer Entscheidungen und Bezüge. Dabei treten die historischen Umstände ihrer Formulierung und die Traditionen, aus denen sie hervorgingen, in den Hintergrund – ohne jedoch ganz zu verschwinden, denn sie tragen mitunter maßgeblich zum Verständnis der vorgebrachten Argumente bei. Die theoriegeschichtlichen Bezüge zur liberalen Modernisierungstheorie werden dort benannt, sofern sie noch nachwirken und das Verständnis der Struktur der Theorie erweitern. Das Ziel besteht darin, die tragenden Gedankengänge so weit wie möglich schlüssig herauszuarbeiten und dabei Widersprüche zu benennen. Diese Widersprüche sollen als Symptome theoretischer Probleme beleuchtet werden und Ausgangspunkte für Einsprüche und die Weiterentwicklung der Populismusforschung sein. Die wie bei jeder Rekonstruktion auch hier notwendige Aneignung des theoretischen Materials ist indes nicht interesselos oder unschuldig, sondern erfolgt aus der Perspektive der genannten gesellschaftskritischen

Autoritarismustheorien. Um zu vermeiden, dass dieser kritische Ausgangspunkt zur Formulierung von Strohmann-Argumenten führt, erfolgt die Rekonstruktion in einer relativen Ausführlichkeit.

In dieser Arbeit wird also sowohl immanente wie auch transzendente Kritik an den gegenwärtigen Populismustheorien geübt. Immanent ist die Kritik insofern, als sie jene Punkte fokussiert, an denen die Populismustheorien ihrem eigenen Erklärungsanspruch nicht gerecht werden. Transzendent argumentiert sie dort, wo sie ihnen Argumente und Modelle der kritischen Theorien entgegenhält. Diese zunächst äußerlich an sie herangetragenen kritischen Modelle werden sich, so die Hoffnung, als ein Schlüssel zu den Problemen der gegenwärtigen Theorien rechtfertigen. Etwa indem sie kritische Impulse aus den gegenwärtigen Populismustheorien selbst aufgreifen, die diese bislang nicht entwickelt haben.